

**Ausschuss für
Bundes- und Europaangelegenheiten,
internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit**

2. Sitzung

am 15. September 2015

im Börsenhof A, Raum 301 B und C

Anwesend: Abg. Herr Bolayela (SPD)
Abg. Herr Dr. vom Bruch (CDU)
Abg. Frau Grobien (CDU)
Abg. Frau Grotheer (SPD)
Abg. Frau Leonidakis (DIE LINKE)
Abg. Frau Mahnke (SPD), stellvertretende Vorsitzende
Abg. Frau Dr. Müller (Bündnis 90/Die Grünen), Vorsitzende
Abg. Herr Ravens (parteilos)
Abg. Frau Tuchel (SPD)
Abg. Herr Zenner (FDP)

weiter sind anwesend:

Abg. Herr Zicht (Bündnis 90/Die Grünen)

außerdem sind anwesend:

Staatsrätin Hiller

Bevollmächtigte der Freien Hansestadt
Bremen beim Bund, für Europa und Ent-
wicklungszusammenarbeit

Herr Bruns Frau Köhler Frau Wulf	von der Bevollmächtigten der Freien Hansestadt Bremen beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit
Frau Michaelis	Landesvertretung der Freien Hansestadt Bremen in Berlin
Frau Mollenhauer	Mitarbeiterin des Europaabgeordneten Schuster
Herr Joost	Mitarbeiter Fraktion SPD
Herr Kruse	Praktikant Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
Frau Gründahl	Mitarbeiterin Fraktion FDP
Herr Castendiek Frau Dorstewitz	Praktikant und Mitarbeiterin der Bürgerschaftskanzlei
Frau Dr. Petersen	von der Bürgerschaftskanzlei als Ausschussreferentin

Beratungsgegenstände:

1. Genehmigung der Tagesordnung
2. Genehmigung des Protokolls der 1. Sitzung vom 22. Juli 2015
3. Hintergrundinformationen zum Arbeitsbereich Europaangelegenheiten und wichtige aktuelle europapolitische Themen
4. Arbeitsprogramm der EU-KOM 2015
5. Hintergrundinformationen zum Arbeitsbereich Entwicklungszusammenarbeit und wichtige aktuelle entwicklungspolitische Themen
6. Hintergrundinformationen zum Arbeitsbereich Bundesangelegenheiten und wichtige aktuelle bundespolitische Themen
 - 6.1 Hintergrundinformationen zum Arbeitsbereich Bundesangelegenheiten
 - 6.2 Wichtige aktuelle bundespolitische Themen
7. Verfahrensordnung
8. Sitzungstermine im 2. Halbjahr 2015
9. Verschiedenes
 - 9.1 Ausschussreisen
 - 9.2 Berichtsbitte zur Flüchtlings- und Asylpolitik
 - 9.3 Berichtsbitte zu Hilfsprogramm für Griechenland
 - 9.4 Berichtsbitte zum Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und Europäischen Sozialfonds (ESF)

Abg. Frau Dr. Müller eröffnet die Sitzung um 14.35 Uhr.

1. Genehmigung der Tagesordnung

Der Ausschuss genehmigt die vorgeschlagene Tagesordnung.

2. Genehmigung des Protokolls der 1. Sitzung vom 22. Juli 2015

Der Ausschuss genehmigt das Protokoll der 1. Sitzung vom 22. Juli 2015.

3. Hintergrundinformationen zum Arbeitsbereich Europaangelegenheiten und wichtige aktuelle europapolitische Themen

Staatsrätin Hiller führt in die Vorlage der Bevollmächtigten beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit vom 1. September 2015 ein.

Abg. Frau Leonidakis nimmt Bezug auf Seite 5 in der Vorlage. Dort sei unter den wichtigen aktuellen europapolitischen Themen bei dem Punkt „Weiterentwicklung der Handlungspolitik“ die transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) aufgeführt. Sie interessiere, welche Position der Senat dazu vertrete, dass das Schiedsverfahren zum Investorenschutz auf eine öffentliche Sondergerichtsbarkeit übertragen werden solle.

Staatsrätin Hiller erwidert, dass es noch keine Beschlussvorlage gebe und der Senat daher auch noch keine abschließende Position zu den aktuellen Planungen zum Schiedsverfahren beim Investorenschutz entwickelt habe. Zwar habe eine Befassung mit TTIP im Bundesrat stattgefunden, diese habe sich aber auf die Bereiche beschränkt, für die die Länder zuständig seien.

Abg. Frau Dr. Müller regt eine Befassung des Ausschusses mit dem Thema TTIP in einer der nächsten Sitzungen an.

Abg. Herr Ravens erbittet Auskunft über die Rolle der Volksbanken innerhalb der Bankenunion.

Staatsrätin Hiller sagt zu, auf der nächsten Sitzung über den Sachstand zu berichten.

Abg. Frau Dr. Müller bezieht sich auf die in der Vorlage auf Seite 2 erwähnten Gespräche mit den EU-Ratspräsidentschaften. Sie schlägt vor, diese Tradition fortzuführen und die jeweiligen Ratspräsidentschaften einzuladen.

Der Ausschuss ist mit dem Vorschlag der Vorsitzenden, die jeweiligen EU-Ratspräsidentschaft einzuladen, einverstanden. Des Weiteren nimmt er die Vorlage der Bevollmächtigten beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit vom 1. September 2015 mit Anlage zur Kenntnis.

4. Arbeitsprogramm der EU-KOM 2015

Abg. Frau Dr. Müller ruft in Erinnerung, dass dem Ausschuss die „Arbeitsplanung im Bereich EU-Angelegenheit auf der Grundlage der Auswertung des Arbeitsprogramms der KOM 2015“ als Anlage zur Tagesordnung zugegangen sei. Die Fraktionen könnten Themen benennen, mit denen sich der Ausschuss beschäftigen sollte. Sobald das neue Arbeitsprogramm der Kommission vorliege, werde dem Ausschuss auch dieses zur Verfügung gestellt.

Abg. Herr Ravens erbittet einen Bericht zu der auf Seite 4 unter Ziffer 14 genannten Initiative „Aktionsplan zur Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuerbetrug“.

Abg. Frau Leonidakis bittet, in der Liste Ziffer 1 „Investitionsoffensive für Europa“ als Berichtswunsch für die Fraktion DIE LINKE kenntlich zu machen.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage „Arbeitsplanung im Bereich EU-Angelegenheit auf der Grundlage der Auswertung des Arbeitsprogramms der KOM 2015“ zur Kenntnis und kommt überein, dass die Fraktionen der Ausschussassistenten die Themen benennen, auf die bei der Ausschussberatung besonderer Wert gelegt werden soll.

5. Hintergrundinformationen zum Arbeitsbereich Entwicklungszusammenarbeit und wichtige aktuelle entwicklungspolitische Themen

Staatsrätin Hiller führt in die Vorlage der Bevollmächtigten beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit vom 1. September 2015 ein. Der Senat habe in der letzten Legislaturperiode die entwicklungspolitischen Leitlinien der Freien Hansestadt Bremen weiterentwickelt und diese der Bremischen Bürgerschaft im März 2015 vorgelegt. Die Bremische Bürgerschaft habe die entwicklungspolitischen Leitlinien im April 2015 zur Kenntnis genommen. Es handele sich um eine Querschnittsmaterie, die fast alle Fachressorts dazu verpflichte, ihr Handeln auch aus entwicklungspolitischer Sicht zu betrachten.

Abg. Frau Leonidakis schlägt eine Befassung des Ausschusses mit den Themen „Anteil von Fairtrade in der Bremischen Verwaltung“ und „Rüstungsproduktion und Flucht“ vor.

Staatsrätin Hiller informiert, dass vom 11. bis 25. September die Faire Woche in Bremen stattfindet.

Abg. Frau Dr. Müller berichtet, dass, dadurch dass das Jahr 2015 das Europäische Jahr für Entwicklung sei, die Themen „Europa“ und „Entwicklung“ zusammen gedacht

und diskutiert würden. Im Rahmen der Europawoche hätten sich auch die entwicklungspolitischen Initiativen beteiligt. Sie schlage vor, die entwicklungspolitischen Initiativen Bremens in eine der nächsten Sitzung einzuladen, damit diese ihre Aktivitäten vorstellen könnten und um von ihnen eine Analyse und Bewertung der derzeitigen Situation zu erhalten.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage der Bevollmächtigten beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit vom 1. September 2015 mit Anlage zur Kenntnis.

6. Hintergrundinformationen zum Arbeitsbereich Bundesangelegenheiten und wichtige aktuelle bundespolitische Themen

6.1 Hintergrundinformationen zum Arbeitsbereich Bundesangelegenheiten

Staatsrätin Hiller erläutert die Vorlage der Bevollmächtigten beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit vom 4. September 2015.

Abg. Frau Leonidakis nimmt Bezug auf Seite 4 der Vorlage. Dort werde beschrieben, dass das endgültige Abstimmungsverhalten der Freien Hansestadt Bremen im Plenum des Bundesrates im Bremer Senat festgelegt werde. Sie interessiere die Rolle des Ausschusses. Nach dem Einsetzungsbeschluss habe dieser die Möglichkeit, bei kurzfristigen Stellungnahmen zu Bundesratsentscheidungen für die Bürgerschaft Stellung zu nehmen, wenn dies zur Einhaltung von Fristen notwendig sei.

Staatsrätin Hiller erwidert, dass der Ausschuss nur sehr selten plenarersetzend Beschlüsse zu Bundesratsentscheidungen oder Subsidiaritätsrügen gefasst habe. In der Vergangenheit konnte die Bürgerschaft sich meist selbst mit diesen Angelegenheiten befassen. Die abschließende Willensbildung sei zwar dem Senat vorbehalten, das Parlament - und der Ausschuss in Eilfällen - hätten aber die Möglichkeit, vorher eine Stellungnahme abzugeben, die der Senat in der Regel berücksichtige. Wenn der Senat in seinem Stimmverhalten im Bundesrat von einer Stellungnahme in der

Bürgerschaft abweiche, so habe er seine Entscheidung gegenüber der Bürgerschaft zu begründen.

Abg. Herr Ravens erkundigt sich nach dem Sachstand zum „Girokonto für Jedermann“, welches in der Vorlage als Arbeitsschwerpunkt im Bereich Finanzen aufgeführt worden sei.

Staatsrätin Hiller sagt zu, das Thema in den Bericht der Bevollmächtigten beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit über politisch wichtige Bundesthemen aufzunehmen, wenn eine Befassung damit im Bundesrat erfolge.

Der Ausschuss nimmt die Vorlage der Bevollmächtigten beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit vom 4. September 2015 zur Kenntnis.

6.2 Wichtige aktuelle bundespolitische Themen

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Bevollmächtigten beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit über politisch wichtige Bundesthemen zur Kenntnis.

7. Verfahrensordnung

Abg. Dr. Frau Müller ruft in Erinnerung, dass die Verfahrensordnung in der konstituierenden Sitzung nur vorläufig beschlossen worden sei und diese noch ordentlich verabschiedet werden müsse.

Abg. Frau Grotheer kündigt an, dass die SPD-Fraktion der Bürgerschaftskanzlei Vorschläge zu Änderung der Verfahrensordnung unterbreiten werde. Diese beträfen unter anderem das Rederecht der Öffentlichkeit. Zur Vereinheitlichung würden sich

die Änderungsvorschläge an die Verfahrensordnungen aller Parlamentsausschüsse richten. Insoweit stelle sie in der heutigen Sitzung keine Änderungsanträge.

Abg. Frau Leonidakis schlägt vor, Ziffer 11 Absatz 3 wie folgt zu fassen: „Die Öffentlichkeit hat kein Rederecht. Über Ausnahmen entscheidet der Ausschuss“.

Der Ausschuss beschließt die Verfahrensordnung mit der vorgeschlagenen Änderung und nimmt die Ankündigung von Abg. Frau Grotheer zur Kenntnis.

8. Sitzungstermine im 2. Halbjahr 2015

Der Ausschuss beschließt die Sitzungstermine wie vorgelegt.

9. Verschiedenes

9.1 Ausschussreisen

Abg. Dr. Frau Müller berichtet, dass der Ausschuss die Möglichkeit habe, eine Reise nach Berlin und eine nach Brüssel zu machen. Terminvorschläge von der Bevollmächtigten beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit würden den Ausschussmitgliedern mit der Bitte um Benennung von zeitlichen Präferenzen übersandt.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

9.2 Berichtsbitte zur Flüchtlings- und Asylpolitik

Abg. Herr Bolayela regt an, dass sich der Ausschuss - trotz des neuen Aufgabenschnitts - mit dem Thema Flüchtlinge und Asyl befassen könne.

Abg. Dr. Frau Müller schlägt vor, dass der Ausschuss sich mit diesem Thema unter dem Gesichtspunkt „Migrationsbewegungen nach Europa“ und „Umgang in der Europäischen Union und der Bundesrepublik Deutschland mit der Migrationsbewegung“ befassen könne. Sie rege an, das Thema als festen Tagesordnungspunkt für die nächsten Sitzungen aufzunehmen.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis und ist mit dem Vorschlag der Ausschussvorsitzenden einverstanden.

9.3 Berichtsbitte zu Hilfsprogramm für Griechenland

Abg. Frau Leonidakis erbittet einen Bericht zum dritten Hilfsprogramm für Griechenland.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

9.4. Berichtsbitte zum Europäischen Fonds für regionale Entwicklung (EFRE) und Europäischen Sozialfonds (ESF)

Abg. Frau Leonidakis erbittet einen Bericht zum Antragsverfahren und der Abrufbarkeit von EFRE- und ESF-Mitteln.

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

(Schluss der Sitzung 16.45 Uhr)

Ausschussvorsitzende

Frau Dr. Henrike Müller